

Ob es nun die Einschätzung von demokratiefördernden Elementen des Konfuzianismus (Peter Ferdinand) oder die Bewertung von Vorträgen in Nord-Korea war, eine Fülle unterschiedlicher Bewertungen kam zur Sprache. Manchmal hatten die kompetenten Simultandolmetscherinnen Mühe, dem kontroversen Disput zwischen koreanischen Kollegen zu folgen.

Durch Nachfragen und Bemühungen um Präzisierung sollten unterschiedliche Definitionen geklärt werden; das konnte bei einem solchem Thema, wie dem der Konferenz, nicht immer gelingen. Ulf Sundhaussen faßte zusammen, was in unterschiedlichen Referaten und Diskussionsbeiträgen alles als "Mittelstand" genannt wurde; alle Beschreibungen hätten jedoch, so sein Fazit, die Mehrheit der Bevölkerung nicht berücksichtigt. Deshalb müsse immer wieder gefragt werden, was nützt ein seine partikularen Interessen verfolgender Mittelstand einer generellen Demokratisierung, wenn diese weitgehend ohne Einbeziehung des Volkes geschehe? Professor Sundhaussen empfahl ferner eine eingehende Auseinandersetzung mit ursprünglichen Formen von Basisdemokratie in Asien sowie mit Schriften von Alexander Hamilton und Friedrich List, denn dort seien wesentliche Aussagen zum Wechselspiel von privatwirtschaftlichen Aktivitäten, staatlichen Mechanismen und Instrumenten zur Steuerung von Ökonomie und den Auswirkungen beider auf die demokratische Verfaßtheit eines Gemeinwesens zu finden.

Bei dem Themenblock "Regionale Zusammenarbeit" ging es um Prinzipien, Formen und Methoden, um Zusammenarbeit auf Regierungs- und Parteebene sowie zwischen Zivilgesellschaften. Die unterschiedlichen Arten der Kooperation wurden besonders in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, natürliche Ressourcen und Umwelt untersucht. Andere Referate widmeten sich Schwerpunkten wie Wissenschaft, Kultur und Kriminalität. Die Rolle von Frauen analysierte z.B. Ahn Lee-Whan von der Kyunghoo Universität (Seoul) in einem Referat zur Aufgabe von Frauen im 21. Jahrhundert: "Transition from Women of Knowledge to Women Who Lead Social Change." Besondere Aufmerksamkeit galt dem Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Demokratisierung. Neben fundierten Überblicksdarstellungen stand eine Reihe von detaillierten Länderstudien, so z.B. über Bangladesch, Laos, Sri Lanka und Kambodscha, (hier war Mitverfasser des Referats Son Soubert, zweiter Vizepräsident der Nationalversammlung in Phnom-Penh).

Im April 1996 hatte Wolf Lepenies in einer deutschen Tageszeitung konstatiert, die europäischen Gesellschaften seien Belehrungskulturen geblieben; ihre Zukunft werde aber nicht zuletzt von ihrer Fähigkeit und Bereitschaft abhängen, zu Lernkulturen zu werden. Die hier kurz dargestellte Konferenz in Seoul bot eine ausgezeichnete Möglichkeit zum Informations- und Meinungs austausch, sie war im besten Sinne ein Lernerlebnis.

Werner Pfennig

Konferenz "Armut in China"

Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften, 30.-31. Mai 1996

Die Eröffnung des "Poverty Issues Research Center" (PIRC) der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) war Anlaß für eine zweitägige Konferenz

über Armut in China, die Ende Mai in der CASS stattfand. In seiner Eröffnungssprache stellte der stellvertretende Akademiepräsident Wang Luolin die Aufgaben des Zentrums heraus, das mit seiner Forschung einen Beitrag zur Bekämpfung der ländlichen sowie der neu entstehenden städtischen Armut zu leisten haben wird. Anschließend stellte der Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung die Arbeit und insbesondere den Beitrag der Stiftung im Bereich der Armutsbekämpfung vor. Weiterhin sprachen Yang Zhong, stellvertretender Leiter der Arbeitsgruppe Armutsbekämpfung beim Staatsrat, Alan Brody, Programmreferent von UNICEF, E.C. Hwa, Weltbank, und zuletzt Chen Jiyuan, Leiter des Instituts für ländliche Entwicklung (RDI) der CASS, bei dem das PIRC untergebracht sein wird und das für dessen Verwaltung zuständig ist. Das PIRC ist in seiner Arbeit direkt der CASS unterstellt.

In den Beiträgen zur Konferenz wurde auf die verschiedenen Aspekte und konkreten Methoden von Armutsbekämpfung in China eingegangen. Xian Zude, stellvertretender Leiter der General Organization of Rural Socio-Economic Survey (Gorses) des Staatlichen Statistischen Büros (SSB), gab zunächst einen allgemeinen Überblick über Armut in China. Während die Zahl der Armen zu Beginn der Reformen rasch von 250 Mio. im Jahr 1978 auf 150 Mio. (1981) zurückging, verlangsamte sich dieser Prozeß in den darauffolgenden Jahren. Derzeit liegt das Einkommen von etwa 65 Mio. Chinesen unterhalb der Armutsgrenze von 530 Yuan/Jahr. Zugleich nahmen die Einkommensunterschiede besonders zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung und zwischen den östlichen und den westlichen Landesteilen zu. Armut konzentriert sich vor allem in Bergregionen, in verkehrsmäßig schlecht erschlossenen und in von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten. Heftig kritisiert wurden in der anschließenden Diskussion die von Xian korrelierten ursächlichen Zusammenhänge von Armut in China. Seine Thesen lauteten: 1. je weniger Haushaltsmitglieder in ländlichen Industrieunternehmen arbeiten, desto höher ist die Armutswahrscheinlichkeit des Haushalts; 2. je mehr Kinder bzw. je mehr Generationen in einem Haushalt leben, desto höher ist die Armutswahrscheinlichkeit des Haushalts; 3. je geringer der Bildungsstand des Vorstands, desto höher ist die Armutswahrscheinlichkeit des Haushalts; je mehr Haushaltsmitglieder abwandern, desto niedriger ist die Armutswahrscheinlichkeit des Haushalts. Die Kritik richtete sich vor allem darauf, daß all diese Aussagen nicht hinreichend belegt wurden und sich die benannten Kausalzusammenhänge allesamt auch umdrehen lassen, wodurch sie ihre Aussagekraft einbüßen.

Nachmittags sprach Wu Guobao, Research Fellow am RDI, über die chinesische Strategie der Armutsbekämpfung, die in erster Linie auf regionaler Wirtschaftsförderung basiert und durch folgende Faktoren charakterisiert ist: Bezeichnung von Armutskreisen; regionale Wirtschaftsentwicklung; regionale Ressourcenerschließung; Verbesserung der Infrastruktur vor allem des Ausbildungsniveaus; Umsiedlungsaktionen aus den Armutskreisen. Dies entsprechen einer Strategie des "trickle down" der internationalen Entwicklungsökonomie, die jedoch zumeist ohne Erfolg geblieben ist. In China gelten allerdings spezifische historische und praktische Rahmenbedingungen, die für die Wahl dieser Strategie sprachen. So leben 70% der chinesischen Armen in den bezeichneten Armutskreisen, wodurch ihnen die regio-

nale Wirtschaftsentwicklung direkt zugute kommen kann. Zudem verfüge die chinesische Regierung über genügend Macht (*strong state*), die Armen am gewonnenen Einkommen partizipieren zu lassen. Trotzdem hat die Zentralregierung nach Ansicht von Wu einige Schwachstellen übersehen. So nehme die Macht der Zentralregierung mit zunehmender Dezentralisierung ab und somit auch ihre Einflußmöglichkeit auf die Einkommenverteilung zugunsten der Armen. Zudem verwendeten die Lokalregierungen die für die Armen vorgesehenen Gelder für den Aufbau ländlicher Unternehmen und verstehen die lokalen Bankfilialen als ihnen unterstellte Kreditabteilungen. Dies führte letztlich dazu, daß die Armutswahrscheinlichkeit nicht in dem Maße abgenommen hat, wie die lokale Wirtschaft gewachsen ist. Die regionale Entwicklungsstrategie hat deshalb nach Auffassung von Wu auch in China nicht zum Erfolg geführt. Er folgert daraus, daß sich die Strategie zur Armutsbekämpfung mehr den Individuen, d.h. den speziellen Zielgruppen zuwenden und zudem baldmöglichst auf Marktkräfte vertrauen solle. Daneben seien "Armutssonderzonen" zu schaffen, die wirtschaftspolitisch gesondert zu behandeln sind.

"Ergebnisse und Probleme der Armutsbekämpfung mit Hilfe von Naturwissenschaft und Technik" war das Thema des Vortrags von Ma Yanmin, stellvertretender Leiter des Büros für technisch-wissenschaftliche Armutsbekämpfung der State Science and Technology Commission (SSTC), mit dem das Programm des ersten Tages beendet wurde. Ma ging auf verschiedene Projekte der SSTC ein und wies auf eine Erhöhung der für die Armutsbekämpfung bereitgestellten Mittel hin. Die Ziele der SSTC liegen in der Erhöhung des Niveaus der Ressourcenerschließung und der Produktionskapazität sowie in der Verbreitung technischer Dienstleistungen und der Verbesserung des Umweltschutzes. Insgesamt wird angestrebt, daß naturwissenschaftlich-technischen Kriterien bei lokalen Entscheidungsprozessen eine größere Bedeutung zukommt als bisher.

Während des zweiten Tages standen in erster Linie die konkreten Maßnahmetypen der chinesischen Armutsbekämpfung zur Diskussion. Den Anfang machte Jiang Zhongyi vom Forschungszentrum für ländliche Wirtschaft des Landwirtschaftsministeriums, der über die "Minderung von Armut durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" (*yi gong dai zhen*) sprach. Der Vorteil von Arbeitseinsätzen liege darin, daß über eine - wenn auch geringfügige - Entlohnung Kaufkraft entstehe und zugleich Basisinfrastruktur geschaffen werde. Jiang bezog seine Ausführungen auf Erfahrungen, die das Landwirtschaftsministeriums in einem Projekt in Yunnan gewonnen hat, wo auf dörflicher Ebene Wasserleitungen und Zisternen angelegt wurden. Die Wartungskosten sind gering, da sie von den Bauern selbst übernommen werden. Die anschließende Diskussion stellte zunächst die Frage, warum trotz verbesserter Wasserversorgung weiterhin Mais und nicht andere Pflanzen angebaut werden, die direkt der Nahrungsmittelversorgung dienen. Jiang wies in diesem Zusammenhang auf den 20%igen Anstieg der Erträge hin, durch die sich die weitere Anpflanzung von Mais rentiert habe. Er benannte dagegen das folgende Problem: Die Möglichkeit des kollektiven Arbeitseinsatzes sei inzwischen zu einer etablierten Einrichtung des regionalen Wirtschaftsaufbaus geworden und diene nur noch selten der direkten Armutsbekämpfung. Zudem mache sich inzwischen eine zunehmende Zahl von

Institutionen diese Maßnahme zu Nutzen, denen sie als Mittel zur Senkung ihrer Investitionskosten diene. So werden bisweilen sogar ländliche Postämter mittels kollektiver Arbeitseinsätze errichtet.

Xie Yang von der Forschungsgruppe über die institutionelle Struktur der chinesischen Armutsbekämpfung, die zum Zentrum für Entwicklungsforschung beim Staatsrat gehört, beendete den Vormittag mit einem Referat über den institutionellen Aufbau von Armutsbekämpfung in China. In seinem eher allgemein gehaltenen Vortrag ging er besonders auf den durch den Übergang zur Marktwirtschaft hervorgerufenen institutionellen Wandel im Bereich der Armutsbekämpfung ein. Die Institutionen gliedern sich derzeit in drei Ebenen: Die erste Ebene wird durch ein Netz von Büros zur Armutsbekämpfung auf Kreis- und Provinzebene gebildet, die direkt von der 1986 gegründeten Führungsgruppe beim Staatsrat zur Entwicklung von Armutsgebieten kontrolliert werden. Daneben gibt es die für Armutsbekämpfung zuständigen Büros der Ministerien und Kommissionen auf zentraler und Provinzebene. Auf der dritten Ebene befinden sich die Kreisbüros für Armutsbekämpfung, die von den Provinzen eingerichtet werden.

Auf größtes Interesse stieß der Vortrag von Du Xiaoshan über "Armutsbekämpfung durch Mikrokredite". Du ist stellvertretender Leiter der Funding the Poor Cooperative (FPC), dem Mikrokredit-Experiment des RDI, das unter anderem im Kreis Yi in Hebei und in Danfeng, Provinz Shaanxi, durchgeführt wird. Er verwies zunächst auf die zwei grundlegenden Probleme der herkömmlichen Mikrokreditvergabe: Erstens erhalten nur selten die wirklich armen Haushalte Kredite, und zweitens ist die Tilgungsfähigkeit dieser Haushalte sehr gering. Eine eher optimistische Schätzung, wie z.B. in der Provinz Hebei, geht von einer etwa 20%igen Zielgruppenerreichung aus. Während Anfang der 90er Jahre die Tilgungsrate noch bei 0 lag, stieg sie in den nächsten Jahren infolge verschärfter Gesetze und Vorschriften auf 30% an. Die Projekte der FPC orientierten sich daher am Beispiel der Grameen Bank in Bangladesch und könnten mit einer Tilgungsrate von 80 bis 100% nach einer relativ kurzen Dauer von zwei Jahren schon einen beachtlichen Erfolg aufweisen. Als drittes Ziel neben Zielgruppenerreichung und Schuldentilgung nannte Du die lokale wirtschaftliche Unabhängigkeit. Diese sei nur zu erreichen, wenn die Gebietskörperschaften in den Projektgebieten und die ihnen unterstellten Betriebe Eigenverantwortung für ihre Gewinne und Verluste übernehmen können. Nach der Einschätzung von Du kann dies bereits in zwei bis drei Jahren der Fall sein. Als Projektmitarbeiter wurden vor Ort Personen ausgewählt, die möglichst über einen höheren Mittelschulabschluss verfügen. Sie sind mittlerweile zu lokalen Mitarbeitern der CASS geworden.

Zum Abschluß der Veranstaltung gab Liu Fuhe, Mitarbeiter des Amtes für Armutsbekämpfung beim Staatsrat, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Armutsbekämpfung aus offizieller Sicht des Staatsrats. Dies brachte kaum neuere Informationen, doch wies die angeregte Diskussion auf Kontroversen zwischen Regierungs- und Nicht-Regierungsinstitutionen im Bereich der Armutsbekämpfung hin.